

TAGUNGEN

Entwicklungshilfe unter Kritik des EWG-Parlaments

Das Europäische Parlament hat sich in Zusammenarbeit mit den Leitungsorganen der EWG auf seiner Maitagung einer Aufgabe unterzogen, die in ihrer Bedeutung gar nicht überschätzt werden kann. Endlich einmal wurde der Versuch gemacht, das System der Spenden und Anleihen einschl. der technischen und sozialen Hilfe auf die Folgerungen hin zu prüfen, welche sich daraus für die Wirtschaftspolitik sowohl der unterstützten wie der unterstützenden Staaten ergeben. Um das drastischste Beispiel vorwegzunehmen: Für die Kommission der EWG berichtete *Lemaignen*, daß die sechs europäischen Staaten allein auf Kaffee und Bananen — die vielen anderen Produkte nicht mitgerechnet — jährlich mehr als 200 Millionen Dollar an Verbrauchsabgaben erheben, während der Jahresbedarf an Entwicklungshilfe für die assoziierten Afrikaländer auf 250 bis 300 Millionen Dollar geschätzt wird. Diese Abgaben belasten den Verbrauch und schränken ihn ein — praktisch aber wirken sie auf die entwicklungsbedürftigen Länder zurück, schwächen deren Absatzfähigkeit und mindern deren Ertrag. So helfen die ärmsten Völker die Kassen der reichen Industriestaaten füllen, um dann selber auf Hilfe angewiesen zu sein.

Mit aller Deutlichkeit kommt bereits hier zum Ausdruck, was bisher in den Diskussionen um die Entwicklungshilfe vernachlässigt worden ist, nämlich daß die Wirtschafts- und selbst die Finanzpolitik der Spenderstaaten weitgehend umgestaltet werden muß, sollen die gewaltigen Aufwendungen dafür sinnvoll sein. In dem herkömmlichen Stil sind diese Fragen nicht zu lösen — der Stil war ja über ein Jahrhundert selbst beeinflusst von dem kolonialen Denken, das sich im allgemeinen darauf beschied, die unterworfenen Länder als Quellen billiger Rohstoffe und exotischer Waren anzusehen. An die Stelle solchen spekulativen Denkens muß eben jetzt der Wille zur langfristigen Planung und zu einer Neuorientierung treten, wenn das Ziel, die Lebenshaltung der beteiligten Völker zu heben, erreicht werden soll. Traditionelle Auffassungen, die in

kapitalreichen Ländern sich da und dort bewähren mögen, auch *Erhards* berühmte „soziale Marktwirtschaft“, reichen dazu nicht aus. Das wurde in Straßburg selbst von liberalen Parlamentariern hervorgehoben.

Innerhalb der vielseitigen Bestrebungen, die Entwicklungshilfe der EWG fruchtbar zu gestalten und zu beschleunigen — man hat darüber in Straßburg sehr ausgiebig diskutiert — kommt auch der Frage der Preise für koloniale Produkte eine überragende Bedeutung zu. Die außerordentlichen Preisschwankungen von Ernte zu Ernte, die damit verbundenen Verluste für die Produzenten, denen allenfalls große Gewinne der Spekulanten gegenüberstehen, bedrohen den Ertrag der ohnehin meist armen Länder und behindern ihren Aufstieg, aber auch eine gesunde Lohnentwicklung. Ansätze zu einer Regulierung solcher Preise bestehen in regionalen Ausgleichskassen. Das System bedarf des Ausbaus, wahrscheinlich auch mit der Gründung einer internationalen Ausgleichskasse, deren Hauptträger die kapitalreichen Länder sein müßten. Voraussetzung aber wird immer wieder die Aufnahmebereitschaft der Kapitalgeber für die Waren der unterstützten Völker sein — sonst werden diese niemals die wirtschaftlichen Hilfeleistungen zurückzahlen können, und dazu gehören eben der Abbau der Verbrauchsabgaben und eine wesentliche Senkung der Zölle, sowenig diese Operationen dem einen oder anderen Staate gefallen mögen. Diese Forderungen decken sich mit denen der Gewerkschaften, nur sind diese trotz mehrerer Anträge der SPD im Bundestag immer wieder überhört worden.

Daß sich nun in den noch jungen Organen der EWG eine neue Art des Gemeinschaftsdenkens herausbildet, die sicherlich auch auf die Beziehungen zu der übrigen Welt nicht ohne Einfluß bleiben kann, ist nur zu begrüßen. Klar ist dabei, daß diese neue Denkweise noch mancher Belastung in der Praxis ausgesetzt sein wird.

Erörtert wurde im Straßburger Parlament ferner der von dem Präsidenten *Malvestiti* erstattete Bericht der Montanunion. Während die europäische Stahlindustrie ein gutes Jahr hinter sich hat, ist trotz einer konjunkturellen Erleichterung die Strukturkrise des Kohlenbergbaus noch nicht behoben. Hierzu forderten Vertreter, die den deutschen Zechen nahe-

stehen, eine Art Ausgleichsabgabe für Öl und Importkohle, die es ermöglichen soll, die Förderung auf einem bestimmten Grade nach einer Rationalisierung aufrechtzuerhalten, auch wenn Verbraucher und Verarbeiter dabei Opfer bringen müssen. Ob eine solche Forderung sich nicht an den Interessen der Verbraucher und Verarbeiter reibt, wird die Fortsetzung der Aussprache Ende Juni zeigen. Klar ist man sich freilich darüber, daß Übergangsmaßnahmen, wie sie schon bisher mit Erfolg getroffen worden sind, auch für die nächste Zukunft nicht zu vermeiden sind.

Eine politische Aussprache, die vorgesehen war und die sich auch mit der Reform der EWG, mit der Einbeziehung der Außenpolitik in ihren Bereich und mit der Erweiterung der parlamentarischen Rechte befassen sollte, mußte vertagt werden. Das Parlament protestierte dagegen, daß es von dem Ministerrat nicht ausreichend informiert worden war, um diese Diskussion erfolgreich führen zu können.

Artur Saturnus

Aktion Sühnezeichen ruft zur Mithilfe auf

Auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im April 1958 wurde ein Dienst ins Leben gerufen, dessen Ziel es ist, Wunden des Krieges, den wir begonnen haben, dort zu heilen, wo sie geschlagen wurden. Diese „Aktion Sühnezeichen“ hat besonders in der Jugend einen erstaunlichen Widerhall gefunden. Allerdings ist die Aktion auch besonders auf die Mithilfe junger Menschen angewiesen; wer sollte sonst, selbst bei noch soviel Idealismus, fähig sein, seine Arbeitskraft bei schwierigsten und schlechtesten Arbeitsbedingungen — für nicht mehr als ein Taschengeld und den Unterhalt während einer Aufbauaktion — zur Verfügung zu stellen? Aktion Sühnezeichen hat in Borkeness in Nordnorwegen im Gebiet der Polarnacht ein Wirtschaftsgebäude für ein Heim für schwachsinnige Kinder errichtet. Sie hat in Servia in Griechenland mit unzureichenden Werkzeugen und bei schwierigen Arbeitsbedingungen in einem 1943 von den Deutschen niedergebrannten Ort eine Zisterne gebaut und Wohnhäuser ausgebessert. In Holland wurde ein Jugendheim wiedererrichtet und noch einmal in Norwegen, im Gebiet der verbrannten Erde, eine Kirche gebaut. Diese vier Sühnezeichen sind von 90 jungen Menschen mit einem Kostenaufwand von 700 000 D-Mark aufgerichtet worden. Vier weitere Vorhaben in Frankreich, Holland und nach dem Eichmann-Prozeß auch in Israel sind bereits begonnen oder geplant.

Auf der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, im Februar 1961, trat Aktion

Sühnezeichen mit einem *Aufruf zum Eichmann-Prozeß* hervor: „Wir dürfen angesichts des Frevels, für den wir als Volk die Verantwortung tragen, Augen und Ohren nicht verschließen. Alle überlebenden Deutschen, die in urteilsfähigem Alter die Greuel der Judenvernichtung miterlebt haben, auch die, welche jüdischen Mitbürgern in ihrer Bedrängnis beigestanden haben, müssen vor Gott bekennen, durch Mangel an wachsender und opferbereiter Liebe mitschuldig geworden zu sein. In unserer Mitte leben solche, die vorsätzlich und aktiv — wenn auch nur als „kleine Befehlsempfänger“ — an der Ermordung der sechs Millionen Juden mitgewirkt haben. Ihnen und uns allen bezeugen wir: Keine Schuld ist so groß, daß sie ausgenommen wäre von der Vergebung Gottes, die uns erworben und angeboten ist in Sühnetod und Auferstehung unseres Herrn ... Darum wollen wir unser Versagen in der Liebe, unsere Gleichgültigkeit und Angst oder aber unsere Mitwirkung an den Verbrechen als den eigenen Anteil an der Schuld anerkennen ...“ Die Synode stellte sich hinter diesen Aufruf der Aktion Sühnezeichen.

Da sich dem Dienst so viele junge Helfer angeboten haben, daß die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, sie zu beschäftigen, ist die Aktion mit einer Kundgebung in der Berliner Kongreßhalle vor die Öffentlichkeit getreten, um weitere Kreise der Bevölkerung zur Unterstützung der Aktion aufzurufen. Drei Männer und eine Frau, von verschiedenem politischen und religiösen Herkommen, haben sich dieser Kundgebung als Sprecher zur Verfügung gestellt. *Walter Sickert*, Landesbezirksvorsitzender des DGB Berlin, sagte, ob nicht heute, 15 Jahre „danach“, die Schicksalsgenossen aus den KZ's wieder nach Sinn und Weg ihrer Taten und ihres Leidens fragen müssen; sie sollen das nicht umsonst tun, jedenfalls nicht bei den Menschen, die sich wie die in den Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer zur Solidarität der Tat bekennen und deren Jugend bereit ist, sich für eine Aktion des guten Willens, wie es die Aktion Sühnezeichen ist, einzusetzen.

Prof. *D. Heinrich Vogel* sprach mit Bezug auf den Eichmann-Prozeß von der unheimlichen Symbolkraft, die der gläserne Käfig im Bezirksgericht in Jerusalem für uns alle habe: „Sind wir nicht alle unter die gläserne Glocke geraten?“ fragte er. Die Frage, die der Eichmann-Prozeß uns stelle, gelte dem Eichmann in uns. Wir sollten nicht annehmen, daß mit der Bestrafung Eichmanns auch unsere Schuld gesühnt und das Kapitel der Endlösung abgeschlossen sei. Welcher Unterschied bestehe denn zwischen Gaskammer und Wasserstoffbombe? Auch die atomare Aufrüstung sei ein Spiel mit einer Endlösung. Prof. Vogel warnte auch vor dem Sündenbock-Denken. Viele seien zufrieden, wenn sie alle Schuld der

Nazis auf Eichmann abwälzen könnten. Aber mußten für die Nazis nicht die Juden den Sündenbock abgeben? Ein solches Denken verhindert jegliche Versöhnung; wir sind darauf angewiesen, jedes noch so geringe Sühnezeichen zu pflegen, daß die Versöhnung unter uns bleibe.

Ella Kay, Senator für Jugend und Sport, bekannte sich zur Aktion Sühnezeichen, weil hier junge Menschen ihre Bereitwilligkeit zeigen, die Schuld der Vergangenheit, an der sie keinen Anteil haben, wiedergutzumachen. In dem Augenblick, wo sie diese Worte spreche, sei eine Gruppe von jungen „Falken“ unterwegs nach Bergen-Belsen; sie wüßten, daß es eine Zukunft ohne Vergangenheit nicht gäbe. Wir könnten aber eine Tat der Sühne von der Jugend nicht verlangen, ohne selber unsere Vergangenheit zu bewältigen. Aktion Sühnezeichen sei eine Tat zur Bewältigung der Vergangenheit, und es sollte eine Volksbewegung werden. Diejenigen, die an den Vorhaben nicht persönlich teilnehmen könnten, sollten durch ein materielles Opfer die Weiterarbeit der jungen Menschen unterstützen.

Die Botschaft des erkrankten Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses D. *Kurt Scharf*, verlas Präses D. *Lothar Kreyszig*, Magdeburg, der Initiator von Aktion Sühnezeichen. Wir Deutschen, hieß es in der Botschaft, lieben das Wort Vergebung nicht. Dagegen hat die Beliebtheit des Wortes Schuld zugenommen. Schuld kann man leidenschaftlich erörtern; der sich unschuldig Fühlende kann Widerstand leisten, aber auch das Eingeständnis der Schuld ist „männlich“. Dagegen ist Vergebung peinlich, für den Vergebenden sowohl als auch für den um Vergebung Bittenden, und doch ist demütige Haltung, die der Bitte um Vergebung zugrunde liegt, die Voraussetzung für eine Versöhnung mit denen, die wir gequält haben. Aktion Sühnezeichen ist eine Bitte um Vergebung für das ganze Volk. Alle sollten mithelfen, auf diesem Wege weiter voranzugehen. Auch Präses Scharf rief zu einem Geldopfer derjenigen auf, die nicht persönlich an den Aufbauwerken mitwirken können.

Die Leiter der Aktion Sühnezeichen in Norwegen und Griechenland, Vikar *Nevermann* und *Ernst Buczys*, Gewerbelehrer, berichteten zu Filmen und Fotos über die Arbeit ihrer Gruppen. Neben die Bilder vom friedlichen Aufbau wurden die der Zerstörung gestellt, Ausschnitte aus Wochenschauen, begleitet von Worten Hitlers, der die deutsche Jugend zur Zerstörung aufruft.-

Die Bitte um Frieden und Vergebung, die die jungen Helfer angespornt hat, wird versinnbildlicht durch das Zeichen der Aktion Sühnezeichen, einen sich demütig neigenden Menschen mit hilfreich ausgestreckten Händen.

Rahel Berend